Der Landrat verwies auf die im Zuge des Nachtrages vom 24.06.2010 versandten beiden Anträge der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 22.06.2010. Aufgrund dieser Anträge sei die Beschlussempfehlung an Kreisausschuss und Kreistag im Zuge der Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.06.2010 noch umfassend modifiziert worden. Die vom Planungs- und Verkehrsausschuss insoweit verabschiedete Beschlussempfehlung sei der heutigen Tischvorlage zu entnehmen. Der Beschlussempfehlung habe der Planungs- und Verkehrsausschuss – mit Ausnahme von Nr. 2 Ziffer 5 - einstimmig bei Enthaltung der FDP-Kreistagsfraktion zugestimmt. Nr. 2 Ziffer 5 sei mehrheitlich bei einer Gegenstimme und Enthaltung der FDP-Ausschussmitglieder beschlossen worden. Er sei froh, dass insoweit hier breites Einvernehmen bestanden habe und bedankte sich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die Vorarbeiten und den beteiligten Ausschussmitgliedern für die umfangreichen Beratungen.

Abg. Dr. Lamberty erläuterte hinsichtlich der Enthaltung seiner Fraktion im Planungs- und Verkehrsausschuss am 22.06.2010 sowie im heutigen Kreisausschuss, dass seine Fraktion hier noch Beratungsbedarf habe. Man sei der Auffassung, dass der ursprüngliche Beschluss des Kreistages zur Aufstellung des Nahverkehrsplanes nicht eingehalten wurde, da dieser eine kostenneutrale Umsetzung von Änderungen des Nahverkehrplans vorgesehen habe. Nun sei aber eine Steigerung von über 700.000 € enthalten, weshalb seine Fraktion beantragt habe, binnen Jahresfrist weitere Kostenreduzierungsvorschläge vorzulegen. Er halte dies für zwingend erforderlich, um den eigenen Haushalt und den der Kommunen zu entlasten.

Außerdem seien im Planungs- und Verkehrsausschuss Anregungen aus der Gemeinde Eitorf diskutiert worden und – auch im Hinblick auf die Kosten – abgelehnt worden. Der Rat der Gemeinde Eitorf habe diese Vorschläge aber mit großer Mehrheit beschlossen und auch gebeten, bestimmte Dinge im Hinblick auf eine finanzielle Entlastung der Kommune nicht umzusetzen. Da neben Eitorf viele andere Kommunen finanziell sehr strapaziert seien, sollte auch beim ÖPNV darauf geachtet werden, nicht mehr als notwendig zu tun. Man könne sich vieles wünschen, aber nicht alles sei in der derzeitigen Finanzlage finanzierbar.

Abg. Bausch nahm Bezug auf die Ausführungen seines Vorredners zum Beschluss des Nahverkehrsplanes im Vorjahr. Es treffe nicht zu, dass beschlossen worden sei, mit dem rechtsrheinischen Nahverkehrsplan dürften keine Kostensteigerungen einhergehen. Vielmehr habe man im vorigen Jahr den Nahverkehrsplan für den linksrheinischen Raum und für den Bereich Niederkassel mit bestimmten Neuerungen – Stichwort Taxibusse - und natürlich auch Linienoptimierungen auf den Weg gebracht. Diese Veränderungen hätten sich im Lauf der Jahre als notwendig erwiesen. Natürlich habe man seinerzeit gesagt, man wolle keine Kostensteigerungen. Es sei aber auch Beschlusslage, die Standards, die im letzten Jahr beim Nahverkehrsplan linksrheinisch beschlossen wurden und die auch mit Kostensteigerungen verbunden waren, in das Rechtsrheinische zu übertragen. Es sei jedem klar gewesen, dass dies auch mit gewissen Mehrkosten verbunden sei, was man auch bewusst so in Kauf genommen habe. Es gehe darum, diese Standards nun in das Rechtsrheinische zu übertragen und im Interesse der Bürger Wort zu halten. Nicht mehr und nicht weniger versuche man nunmehr mit diesem Nahverkehrsplan rechtsrheinisch.

Abg. Steiner unterstrich die Ausführungen seines Vorredners. Nahverkehr sei kein Bereich, wo man selektiv sparen könne. Dies müsse im Zusammenhang betrachtet werden: Wenn das Angebot nicht zufrieden stellend sei, werde es nicht genutzt und verursache mehr Verluste. Wenn es dagegen zufrieden stellend sei, habe man eher die Chance, die Bürger zur Nutzung des Nahverkehrs anzuregen und dadurch letztlich auch Mehreinnahmen zu generieren. Die Ergebnisse, gerade im Hinblick auf die Komponente Taxibus, die im Linksrheinischen erfolgreich

gestartet sei, blieben abzuwarten. Man wolle jedenfalls die gleichen Standards links- wie auch rechtsrheinisch einhalten. Auch hätten nicht alle Wünsche realisiert werden können, was er am Beispiel des „Flughafenbusses von Eitorf“ veranschaulichte. Man habe vielmehr ein vernünftiges Angebot geschaffen, wofür er den Beteiligten in Verwaltung und Politik dankte.

Abg. Hartmann: machte deutlich, dass dies natürlich mit den Gemeinderats- und Stadtratsfraktionen beraten worden sei. Sicherlich gebe es an bestimmten Stellen Dissens, weil nicht immer Kreis- und örtliche Interessen voll umfänglich übereinstimmen. Deshalb müsse dies in einer Gesamtschau betrachtet werden. Er rege nunmehr an, das akzeptierte Ergebnis aus dem Planungs- und Verkehrsausschuss auch hier zu akzeptieren und im Übrigen dann auch im Kreistag so zu verfahren. Letztendlich trage man auch die politische Verantwortung, ob der Nahverkehr nachgefragt werde und ob er Kosten deckend arbeite. Hier sei man guter Dinge, dass dies gelingen werde.